Niederschrift

über die 40. Sitzung des Ausschusses für Bau und Planung der Stadt Neustadt an der Weinstraße am Donnerstag, dem 15.03.2018, 19:03 Uhr, im Stadthaus I, Ratssaal, Marktplatz 1, Neustadt an der Weinstraße

- Öffentliche Sitzung -

Anwesend:

Vorsitzender

Weigel, Marc

Stadtvorstand

Blarr, Waltraud

<u>Mitglieder</u>

Bachtler, Christoph Becker, Joachim Fürst, Otto Graf, Alexander Henigin, Roland Marggraff, Wilfried Racs, Richard Schick, Claus-René Schmidt, Peter Schreiner, Werner Werner, Kurt

<u>Stellvertreter</u>

Christmann, Steffen für Herrn Disson; kommt während TOP 1 (19:05

Uhr)

Kästel, Willi für Herrn Stahler

Kerth, Werner für Herrn Catoir; geht während TOP 1 (19:31 Uhr)

Gäste

Deubel, Rainer geht nach TOP 4 (20:02 Uhr)

Grun-Marquardt, Rainer geht während TOP 3
Hornbach, Barbara

Kraft, Ulrike geht während TOP 3

Kreilinger, Wolfgang Leiter der Lokalredaktion; geht nach TOP 4 (20:02

Uhr)

Verwaltung

Adams, Bernhard Boltenhagen, Konstantin Salat, Hans-Jörg Schott, Jennifer

Sommer, Björn

Protokoll

Entschuldigt:

<u>Mitglieder</u>

Catoir, Philipp Disson, Helmut Stahler, Clemens

TAGESORDNUNG:

- Überlegungen zur ebenerdigen Querung der B39 in Höhe Saalbau / 047/2018
 Fußgängerunterführung
- Bebauungsplan "Chemnitzer Straße, Neufassung und Erweiterung, Teil West" VI. Änderung im Stadtbezirk 30 a) Entscheidung über die während der Beteiligung der Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB, der Öffentlichkeit sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen b) Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB
- 3. Bebauungsplan "Schlachthof-Speyerdorfer Straße, II. Änderung" im 055/2018 Stadtbezirk 26
- Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1 047/2018

Überlegungen zur ebenerdigen Querung der B39 in Höhe Saalbau / Fußgängerunterführung

Herr Adams erörtert die Grundzüge des geplanten Projekts:

Man wolle künftig weg von der Unterführung, da diese etliche Nachteile mit sich bringe (dunkel, nicht barrierefrei, anfällig für Vandalismus).

Die in vorherigen Jahren diskutierten Überlegungen wie zum Beispiel einen Treppenbau am Hetzelplatz, welcher dann über die B39 zum Saalbauvorplatz führe, seien letztendlich zu umfangreich und ungeeignet, da man hierfür eine 88 m Rampe bauen müsse. Teile des Hetzelplatzes würden ebenfalls wegfallen. Auch eine Absenkung der B39 käme nicht in Frage, da die Rampen zu steil würden und aufwändige Arbeiten an der Kanalisation notwendig seien. Ein Abriss des Saalbauanbaus wäre hier eine einfache Variante gewesen, jedoch stellte sich der Anbau als betriebsnotwendig heraus (Stuhllager, Saalbau-Küche und eine Einliegerwohnung vorhanden).

Eine Shared-Space Lösung habe der LBM nicht befürwortet.

Das jetzige Ziel sei der Bau einer Mittelinsel. Hierfür gäbe es zwei mögliche Varianten:

1) Wegfall der Linksabbiegerspur in die Exterstr.

Der Vorteil hierbei wäre, dass eine große und lange Mittelinsel (ca. 5 m breit) gebaut werden könne, eventuell sogar mit einem Fahrradstreifen, da viel Fläche entstünde. Der Verkehr von Westen kommend müsse die Bahnhofstr. nutzen um zur Exterstr. zu gelangen. Laut einer Verkehrszählung aus 2011 beträfe dies morgens in der Spitzenstunde ca. 164 Fahrzeuge (drei PKW / Minute).

Herr Adams sieht den größten Vorteil dieser Variante darin, dass eine großzügige Insel mit Platz für zwei Radstreifen entstünde. Der Nachteil sei allerdings mehr Verkehr vor dem

Bahnhofsvorplatz.

Er schlägt vor, einen Verkehrsversuch zum Testen der Variante von Beginn der Sommerferien bis zum Beginn des Aufbaus des Weinlesefests durchzuführen. Die Unterführung bleibe in der Zeit selbstverständlich zugänglich.

2) Kürzung der Linksabbiegerspur in die Exterstr. (Platz für zwei bis drei PKW geht verloren). Im Gegenzug würde man die Ampelphase für die Linksabbieger verlängern. Dies sei die einfachere Lösung für die Autofahrer.

Für diese Variante wäre der Vorschlag, den aktuellen Rückstau an der Kreuzung über die Dauer eines Monats per Videoaufzeichnung zu dokumentieren.

Herr Weigel teilt mit, dass er in dem Projekt definitiv einen Mehrwert sehe. Die Variante eins verschaffe ihm aufgrund der Umleitung der PKW über den Bahnhofsvorplatz jedoch Bauchweh.

Herr Werner (Bündnis 90 / Die Grünen) sagt seine volle Unterstützung für das Projekt zu. Er bemerkt, dass es bei der zweiten Variante keinen Fahrradweg gäbe, bei Variante eins wäre dies möglich, jedoch sehe auch er Probleme bei der Umleitung über den Bahnhofsvorplatz, vor allem bei der Post.

Weiter müsse ein Mindesttempo von 30 km/h möglich gemacht werden.

Herr Becker (CDU) fände es interessant, Variante eins auszuprobieren, denn wenn es in dieser Phase funktioniere, würde es immer funktionieren. In Variante zwei sehe er keine Probleme, da diese wenig ändere.

Herr Schick (SPD) schlägt vor, erneut Kontakt mit dem LBM aufzunehmen, um einen aktuellen Sachstand zu erfragen und Lösungen produktiv anzugehen. Weiter solle man die Verkehrsteilnehmer mehr in das Projekt einbeziehen und Meinungen erfragen.

Herr Schreiner (SPD) bemerkt, dass das Schließen von Unterführungen sogar in Großstädten problemlos funktioniere.

Herr Bachtler (FWG) schlägt vor, die Linksabbiegerspur komplett zu erhalten und dennoch einen Fahrradschutzstreifen einzufügen. Hierfür müsse jedoch ein Baum gefällt werden. Herr Adams merkt hierzu an, dass dies durchaus denkbar sei, man jedoch schauen müsse, wie das Problem mit dem Baum angegangen wird.

Herr Kästel (CDU) äußert seine Bedenken in Bezug auf die Autofahrer, die von der Zwockelsbrücke kommend direkt in die Bahnhofstr. abbiegen müssen, da hier viel Fußgänger aufgrund der Poststelle und des Bahnhofs verkehren. Man müsse in der Probephase beobachten, wie viel Belastung hier tatsächlich entstünde.

Herr Schmidt (FWG) hingegen ist der Meinung, dass die Unterführung keinesfalls geschlossen werden soll, da es wichtig ist, dass der Verkehr einigermaßen stetig bleibt. Mit Schließung der Unterführung bedeute dies gleichzeitig höhere Immissionen. Herr Weigel merkt hierzu an, dass die Schließung der Unterführung das Hauptziel und der eigentliche Grund sei, wieso das Projekt zustande kommen soll. Außerdem würde es die Leute verwirren, wenn sie sowohl eine Unterführung, als auch eine Mittelinsel zum Überqueren vorfänden.

TOP 2 046/2018

Bebauungsplan "Chemnitzer Straße, Neufassung und Erweiterung, Teil West" VI. Änderung im Stadtbezirk 30

- a) Entscheidung über die während der Beteiligung der Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB, der Öffentlichkeit sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen
- b) Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

Herr Adams erläutert kurz das Vorhaben zum Bebauungsplan. Er merkt an, dass während der Offenlage keine Stellungnahmen der Öffentlichkeit eingegangen sind.

Der Ausschuss für Bau und Planung empfiehlt dem Stadtrat einstimmig,

- a) über die während der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen laut Verwaltungsvorschlag zu entscheiden sowie
- b) den Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB zu fassen.

TOP 3 055/2018

Bebauungsplan "Schlachthof-Speyerdorfer Straße, II. Änderung" im Stadtbezirk 26

Herr Weigel merkt an, dass dieses Vorhaben schon im Ältestenrat besprochen wurde. Der städtebauliche Vertrag hierzu wurde im Hauptausschuss zuvor einstimmig empfohlen.

Herr Adams erläutert, dass hier künftig ein Wohn- und Mischgebiet entstehen soll. Die Gewerbeflächen gehören hierbei überwiegend der Stadt. Nach der Offenlage mussten noch einzelne redaktionelle Änderungen in der Begründung und an einzelnen Fachgutachten gemacht werden, die jedoch nicht so von Bedeutung seien, dass erneut offen gelegt werden müsste.

Es sei mit dem Investor besprochen, dass dieser die Kosten für die Altlastensanierung, diverse Abrisse und die Planung übernehme. Weiter wurde verhandelt, dass ein Spielplatz entstehe und der Stadt ein Grundstück von 2.500 m² kostenlos überlassen werde, welches für eine KITA genutzt werden soll.

Da in anderen Ausschüssen schon einige Rückfragen in den Raum geworfen wurden, wieso man keinen Kreisel an der Gebietszufahrt baue, erläutert Herr Adams, dass die Speyerdorfer Str. künftig ein starker Verkehrsträger sei und daher der Bau der Winzinger Spange sowie die Schließung des Bahnübergangs notwendig seien. Er merkt an, dass hier hauptsächlich ein Geradeausstrom herrsche und ein Kreisel in diesem Fall ein unnötiges Hindernis sei. Zu den öffentlichen Einreden, dass nicht gewährleistet werden kann, dass in den jetzigen ALDI-Standort kein erneuter Lebensmitteleinzelhandel komme, beruft sich Herr Adams auf den mittlerweile abgeschlossenen notariellen Vertrag über eine Grunddienstbarkeit, welcher eine erneute Nutzung durch einen Lebensmitteleinzelhandel oder eine Nutzung mit innenstadtrelevantem Handel ausschließe.

Herr Schick (SPD) bemerkt, dass der Bau des Kreisels für die Ecke Chemnitzer Str. / Speyerdorfer Str. relevant sei, da dieser Bereich gerade für Linksabbieger in den Stoßzeiten problematisch sei.

Das Neubaugebiet könne dann zusätzlich in den Kreisel eingebunden werden. Herr Adams sieht hierin sowohl städtebaulich ein Problem als auch darin, dass in diesem Bereich ein riesiger Knoten entstehen würde. Eine Kreuzung wäre hierfür besser geeignet. Er merkt ebenfalls an, dass derartige Einwände bereits im Punkt der Offenlage eingebracht werden müssen, da danach der Satzungsbeschluss folge und normalerweise keine grundlegenden Änderungen mehr durchgeführt würden.

Herr Kästel (CDU) erkundigt sich, was mit dem Radfahrweg an der Speyerdorfer Str. passiere.

Herr Adams setzt ihn darüber in Kenntnis, dass der Bebauungsplan keine Straßenaufteilung im Einzelnen festsetze und der Radfahrweg erhalten bleibe. Eventuell käme auf der Südseite sogar noch ein Radstreifen hinzu.

Herr Schreiner (SPD) spricht sich ebenfalls für eine Verbesserung der Situation an der Ecke Chemnitzer Str. / Speyerdorfer Str. aus, da diese auch für den Busverkehr nicht zumutbar sei

Herr Adams schlägt vor, ein neues Prüfverfahren diesbezüglich zu planen. Frau Blarr gibt noch zu Bedenken, dass für die Radfahrer eine sichere Lösung zum Überqueren der Straße gewährleistet sein muss.

Der Ausschuss für Bau und Planung empfiehlt dem Stadtrat bei drei Enthaltungen (Herr Schreiner, Herr Schick und Herr Marggraf – SPD) einstimmig,

- a) über die während der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen laut Verwaltungsvorschlag zu entscheiden sowie
- b) den Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB zu fassen.

TOP 4

Mitteilungen und Anfragen

Es liegen	keine	Mitteilungen	und	Anfragen	vor.

Ende der Sitzung: 20:02 Uhr

Marc Weigel Jennifer Schott
Vorsitzender Protokollführer/in